

Freie Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 275.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.
Freitag, den 27. November.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Nachbestellungen

auf Monat

Dezember

werden zum Preise von 75 Pf. von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiburger Anzeiger.

König Alfons †.

Schon seit längerer Zeit war es bekannt, daß der junge spanische Monarch, der sich durch seine kluge, feste und würdevolle Regierungsmethode sowohl im eigenen Lande wie bei den meisten Großmächten viele Sympathien errungen hatte, an einem bedenklichen Ungenüß leide. Da aber von unterrichteter Seite aus Madrid wiederholt versichert wurde, daß der Gesundheitszustand des erst 28 Jahre alten Königs sich wieder gefestigt habe, gab man sich weiter keinen Besorgungen hin. In den letzten Tagen verlautete erst, König Alfons stehe im Begriff, sich von Schloß Barbo nach San Lucar zu begeben. Gestern aber traf aus Madrid die telegraphische Nachricht ein, daß in der königlichen Familie ein schwerer Krankheitsfall vorgekommen sei, der sämtliche Minister veranlaßt habe, sich sofort nach Barbo zu begeben. Daran war aber die Versicherung geknüpft, daß die Gefahr bereits beseitigt sei, wenn auch der Ministerrat sich noch in Barbo aufhalte. Die Hoffnung auf Wiedergenesung des Königs Alfons hat sich aber leider nicht erfüllt. Ein dem Auswärtigen Amte zu London gestern Nachmittag aus Madrid zugegangenes Telegramm meldete, daß König Alfons von Spanien Vormittag 9 Uhr an durch Dysenterie beschleunigter Schwindsucht gestorben sei. Diese Trauerbotschaft fand durch eine aus Paris vom 26. d. M. datirte Depesche folgenden Inhalts Bestätigung: „Ein bei der hiesigen spanischen Botschaft eingegangenes Telegramm aus Madrid meldet das Vormittag 9 Uhr erfolgte Ableben des Königs Alfons von Spanien. Das spanische Kabinett überreichte der Königin-Regentin seine Demission. Die Minister werden aber ihre Funktionen bis zur Entschlieung der Königin fortsetzen.“

Daß erst heute früh direkte Nachricht über das Ableben des Königs Alfons eintraf, beweist am deutlichsten, welchen tiefen Schmerz und welche bedeutende Verwirrung dieser schmerzliche Todesfall über das arme Land gebracht hat, das sich unter dem Regiment dieses klugen und charakterfesten jungen Monarchen erst seit wenigen Jahren von den schweren Wunden erholt, die lange und blutige Bürgerkriege ihm geschlagen hatten. Der Dahingegangene war als der Sohn der Königin Isabella II. und des Königs Franz VI. geboren am 28. November 1857 und wurde nach der im September 1868 erfolgten Vertreibung seiner Mutter aus Spanien im Theresianum zu Wien und später in England vortrefflich erzogen. Seitdem seine Mutter am 25. Juni 1870 zu seinem Gunsten auf den Thron verzichtet hatte, bildete sich in Spanien, das nach dem Sturze des Königs Amadeo als Republik unter schweren inneren Wirren litt, unter den gemäßigtl-liberalen Politikern eine starke alfonsistische Partei, der sich viele Generale angeschlossen. An die Spitze dieser Partei stellten sich 1874 der General Martinez Campos und der spätere Minister Canovas del Castillo und am 30. Dezember desselben Jahres rief der Erstere in Katalonien Alfons XII. zum König aus.

Am 9. Januar 1875 landete Alfons in Barcelona und hielt am 14. desselben Monats seinen Einzug in Madrid, wo er Canovas zum Ministerpräsidenten ernannte, dessen feste Leitung der Herrschaft des jungen Monarchen sehr zu Statten kam. Der Letztere verdiente sich im Februar 1876 seine Sporen, als es galt, die noch übrig gebliebenen Spuren des Karlisten-Aufstandes gänzlich zu beseitigen. Am 23. Januar 1878 vermählte sich der König mit seiner hübschen Cousine Maria de los Mercedes (geb. den 24. Juni 1860), der dritten Tochter des Herzogs von Montpensier. Der plötzliche Verlust dieser von ihm heißgeliebten Gattin nach einer nur sechsmonatlichen überaus glücklichen Ehe gab der Gesundheit des Königs von Spanien den ersten Stoß, von dem er sich nie wieder ganz erholte. Trotzdem schritt er am 29. November 1879 zu einer zweiten Ehe und vermählte sich mit der Erzherzogin Marie Christine von Oesterreich, die als Vormünderin zweier Töchter jetzt regieren ist, die Regentenschaft des verwaisten Landes zu führen. König Alfons ließ sich durch zwei Attentate (am

25. Oktober 1878 durch Oliva y Moncefsis und am 30. Dezember 1879 durch Gonzalez verübt) nicht in seiner festen und ruhigen Regierungsweise irre machen und gewann dadurch selbst frühere Gegner der Bourbonen-Dynastie für sich. Durch einen festen Anschluß an Deutschland und Oesterreich hob er Spaniens Ansehen, da es unter seiner Regierung in die Reihe der Großmächte eintrat. Als er 1883 nach einem Besuch bei dem deutschen Kaiser, der ihn zum Chef eines Ulanen-Reg. ernannt hatte, durch Paris nach Spanien zurückreiste, wurde er von dem Pöbel der französischen Hauptstadt gröblichst beschimpft, verhielt sich aber dabei würdevoll und erleichterte es der französischen Regierung, ihm für diesen Schimpf Genugthuung zu geben.

Um so schwerer traf ihn die Wucht der Mißstimmung, die in seinem Lande, freilich mit Unrecht, durch den Karolinenkonflikt erregt wurde. Der gereizte Nationalstolz der Spanier richtete sich gegen den deutschfreundlichen Monarchen nicht minder wie gegen Deutschland und es bedurfte aller Energie und Klugheit des jungen Königs, um diesen Wirren nicht zu erliegen. Wenn aber der deutsche Kaiser einen friedlichen Ausgleich mit Spanien in verständlicher Weise ermöglichte, wenn dieses Land dadurch sicheren und empfindlichen Niederlagen entging, so dankte es das nur der Liebe und Achtung, die sich sein junger und so früh dahingegangener Monarch am deutschen Kaiserhofe erworben hatte. Spanien hat allen Grund, das Andenken Alfons XII. zu ehren und dessen Wittwe das als Regentin übernommene schwere Amt möglichst zu erleichtern. Nur so kann es sich die ihm unentbehrliche Freundschaft Deutschlands und Oesterreichs erhalten und sich vor einem neuen blutigen Bürgerkrieg bewahren. Im Deutschen Reiche aber wird man allezeit des jungen spanischen Monarchen mit hoher Achtung gedenken, der seiner deutschen Erziehung stets Ehre machte und sich mitten unter dem Toben der für den französischen Freistaat schwärmenden Spanier als ein dankbarer Freund Deutschlands bewährte.

Tageschau.

Freiberg, den 26. November.

Bei der gestern im Deutschen Reichstage fortgesetzten Verathung bestritt zunächst Abg. Gamp gegenüber dem Abg. Liebnecht, daß sich im Reiche ein politischer Rückschritt bemerkbar mache. Die neue Wirtschaftspolitik habe sich auch keineswegs als verheißt erwiesen und nur die allgemeine Ueberproduktion die schlimme Wirtschaftslage verschuldet. Ebenso unzutreffend seien die Anschuldigungen bezüglich der Kolonialpolitik und der Sozialreform; in beiden trage das Reich den allgemeinen Interessen erfolgreich Rechnung. Ohne große pekuniäre Opfer für die innere Verwaltung, die Marine und das Heerwesen könne das Reich seine hohen Aufgaben nicht erfüllen. In Verbindung mit dem Abg. v. Wenda beantragte er die wichtigsten Etats der Kommission für den Reichshaushaltsetat zu überweisen. Der Staatssekretär v. Stephan wies die Möglichkeit größerer Ersparungen im Postetat zurück. Die Postverwaltung habe vor 15 Jahren mit einem großen Defizit begonnen und seitdem unerwartet Erträge geliefert, die weit günstiger waren wie in allen anderen Staaten. Die Erträge würden noch günstiger sein, wenn nicht an die Post so große Anforderungen gestellt würden und soviel portofrei befördert werden müßte. Alles, was auf die Post verwandt würde, sei durchaus produktiv und trage zur größeren Erleichterung des Verkehrs bei. Alle Welt ahme die deutschen Posteinrichtungen nach; man möge ferner bedenken, daß der Verkehr auch eine Macht sei. (Beifall.) Abg. Junggreen machte auf die ungleiche Behandlung der früher dänischen Landestheile aufmerksam. Abg. Payer bezweifelt, ob es wirklich gelingen werde, durch eine Reform der Zucker- und Branntweinsteuer größere Einnahmen zu erzielen. Gelingende das aber, so fange das alte Lied von vorn an; alljährlich wüchsen die Matritularbeiträge, die Schulden aber lasse man den Einzelstaaten, er befürchte, daß die Belastungen bald an dem Punkte angekommen seien, wo es nicht mehr weiter gehe. Für die Sicherheit des Reichs sei kein Opfer zu groß, aber daraus folge nicht, daß dazu jedes Jahr mehr Geld angewendet werde, sonst müßte das Reich auch in allen früheren Jahren nicht sicher gewesen sein. Die Begeisterung für die Kolonialpolitik sei schon jetzt geschwunden und das Verhältniß des Reichs zur Bevölkerung der neuen Schutzgebiete recht unklar. Die Marine habe eine andere Aufgabe, als in der Nähe von unbedeutenden Schutzgebieten dauernd stationirt zu werden. In der Karolinenfrage sei es sehr bedauerlich, daß auf einmal alle bisher so sorgfältig gepflegten Handelsbeziehungen mit Spanien durch diese Politik mit einem Male gänzlich vernichtet worden wären. Der Redner behauptete bezüglich der Boll-

politik, daß durch dieselbe nicht das Ausland, sondern das Inland geschädigt werde. Die einzelnen Theile wurden dem Antrag Wenda gemäß der Budgetkommission überwiesen. — Es folgte alsdann die erste Verathung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen. Der Bundeskommissar Köhler begründete den Gesetzesentwurf mit dem Hinweis darauf, daß die bisherigen Maßnahmen sich nicht ausreichend erwiesen hätten. Abg. Schreiner hielt eine bessere Präzisierung des Gesetzes für erwünscht und beantragte die Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Abg. Staudy war für die Einführung der vorgeschlagenen Abänderungen. Abg. Witt besprach die großen Vortheile, welche die Entschädigung für die geödteten Thiere mit sich bringe, weil dadurch die Verheimlichung ansteckender Krankheiten verhindert werde. Nach kurzer weiterer Debatte wurde der Gesetzesentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Bei dem deutschen Reichstage ist von den Abgg. Reichensperger und Hintelen im Namen der ganzen Zentrumsparthei folgende Interpellation eingereicht worden: „Die Berichtigung, welche der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssekretär, Staatsminister von Boetticher, der Zeitung „Germania“ unter dem 3. November d. J. zugesandt hat, giebt in Verbindung mit den Verhandlungen der jüngsten Missionskonferenz zu Bremen dringende Veranlassung, an den hohen Bundesrath, eventuell an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob beschloffen oder beabsichtigt sei, 1. jede Missionsthätigkeit der Mitglieder des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten“ Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungswege zu verbieten; 2. die Thätigkeit katholischer Mission überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken.“ Der schleswig-holsteinische Abg. Junggreen brachte, unterstützt von den Polen, einen Antrag an, welcher die Gleichberechtigung der dänischen mit der deutschen Sprache als Gerichtssprache in gewissen Distrikten des Herzogthums Schleswig betrifft. — Der deutsche Reichskanzler ist gestern Nachmittag wieder in Berlin eingetroffen und wird voraussichtlich nun an den Reichstagsverhandlungen lebhaften Antheil nehmen.

In diesen Tagen treten die Landtage Oesterreichs zusammen und stehen besonders in der Prager Landtagsstube heiße Debatten in Aussicht. „Die schärfere Tonart“ hält auch im böhmischen Landtage ihren Einzug; die Abgeordneten Knok, Piskert, Huelle werden dem Statthalter Kraus, der nach der Theorie des Grafen Taaffe im Reichsrathe als „abweisend“ nicht angegriffen werden durfte, Aug' in Aug' gegenüber treten, mit den Beschwerden des deutsch-böhmischen Volkes auf den Lippen. — Gegenüber einer Meldung der „Times“, wonach eine Besetzung Serbiens durch österreichische Truppen im Werke sei, wird von Wien aus versichert, daß dort von einer ähnlichen Absicht nichts bekannt ist.

Am Dienstag wird in Rom die italienische Deputirtenkammer wieder eröffnet. Sanonofrio und Sanguiliano interpellirten die italienische Regierung über die Balkanfrage, so daß dem Grafen Robilant Gelegenheit geboten ist, als neuer Minister des Auswärtigen mit einer glänzenden Antwort zu debütiren.

In der holländischen Hauptstadt fand am Dienstag Abend eine Versammlung von Sozialdemokraten statt, in welcher aufreizende Reden gegen die Regierung und das Kapital gehalten wurden. Als der im Saale anwesende Polizeikommissar einen Redner aufforderte, sich zu mägen, entstand ein furchtbarer Tumult. Die Sozialdemokraten ergriffen Stühle, um sich zur Wehr zu setzen. Auf ein Zeichen des Polizeikommissars drangen indessen einige 50 Polizeiagenten in den Saal und räumten denselben in kurzer Zeit mit der blanken Waffe. Die Menge sammelte sich darauf in einzelnen Gruppen vor dem Gebäude, zerstreute sich indessen, ohne daß es zu weiteren Aufrührungen kam.

Ungeachtet des Beschlusses des französischen Kammerauschusses, an dem die Parteierwägungen einen bedeutenden Antheil hatten, hält man es in parlamentarischen Kreisen noch keineswegs für sicher, daß die Kammer die Räumung Tonkins beschließen werde. Die Tonkin-Kommission wählte Berlin zum Vorort; sie will die Mittheilung zahlreicher Dokumente verlangen und nicht vor 14 Tagen einen endgiltigen Beschluß fassen. Das „Journal de Paris“ bestreitet, daß die Regierung schlechte Nachrichten von Anam erhalten habe. Alle Pariser Blätter sind aber der Meinung, daß durch die Ernennung einer der Räumung von Tonkin günstig gestimmten Kommission die Situation eine ernste geworden sei; viele Journale stellen in Folge davon sogar eine ministerielle Krise in Aussicht.

Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Wahlen zum englischen Unterhause wurden bisher 35 Liberale, 36